

ISOR aktuell

Nr. 4/99 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ April 1999

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nach wie vor:

Stimme erheben!

Wie bereits berichtet, stellte das UNO-Komitee für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte im Dezember 1998 fest, daß in Deutschland Menschenrechte verletzt werden und davon öffentlich Beschäftigte, Spezialisten und Wissenschaftler der DDR massiv betroffen sind.

Der Vorstand von ISOR e.V. hatte die Kritik des UNO-Komitees wegen der gerügten Praktiken gegenüber diesen ehemaligen DDR-Bürgern zum Anlaß neuerlicher – bisher noch nicht beantworteter – Schreiben an den Bundeskanzler und an das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung genommen und dabei darauf aufmerksam gemacht, daß die Zeit zur Aufhebung aller rentenstrafrechtlichen Regelungen und Versorgungsbenachteiligungen dränge (siehe **ISOR aktuell** 2/99).

Der Vorsitzende des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) im Deutschen Beamtenbund, Heinz Werhahn, wandte sich unter Bezugnahme auf die Feststellungen des UNO-Komitees ebenfalls mit fordernden Schreiben an den Bundeskanzler und an die Ministerpräsidenten der östlichen Bundesländer. Der BRH kündigte in seiner Zeitschrift „Aktiv im Ruhestand“ 2/99 darüber hinaus an: „Davon abgesehen wird der BRH selbstverständlich alle politisch mit dieser Frage befaßten Institutionen einschließlich des Bundesverfassungsgerichts über die Feststellungen der Vereinten Nationen unterrichten. Auch die Europäische Kommission wird einzuschalten sein, falls es nicht zu baldigen akzeptablen Lösungsansätzen kommt. Zunächst bleibt die Reaktion des Kanzlers abzuwarten.“

Die Fraktion der PDS im Deutschen Bundestag nahm den UNO-Bericht zum Anlaß, eine „Aktuelle Stunde“ im Bundestag zu beantragen, um auf bestehende Mißstände in der Bundesrepublik und dabei besonders in den östlichen Bundesländern aufmerksam zu machen. Diese fand am 4. März statt.

Aus einem Bericht des „Neuen Deutschland“ unter der Überschrift: „Wenig Klarheit im Bundestag über Mißstände im Osten. Aktuelle Stunde endete als Propagandaschau“ war dazu zu entnehmen: „... Der Bericht sei im November 98 mit der UNO-Kommission in

Bonn beraten worden, berichtete Staatssekretärin Ulrike Mascher aus dem Arbeitsministerium. Ein Ergebnis dieser Gespräche: die Kommission hofft darauf, daß die neue Regierungskoalition Mißstände behebt.

Jeder Krieg bringt soziales Elend!

„Wir, die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR, verurteilen auf das schärfste die völkerrechtswidrige Aggression der NATO gegen das serbische Volk, mit der insbesondere die USA ihre Vorherrschaft auf dem Balkan sichern wollen. Wir fordern die sofortige Beendigung der Angriffe!“

Beratung des Vorstandes
der TIG Berlin Marzahn mit den
Kassierern/Betreuern am 25. März 1999



„Ich schäme mich, Bürger eines Staates zu sein, der trotz faschistischer Vergangenheit Deutschlands ein anderes Volk mit Bomben und Raketen überfällt. Wann werden unsere Menschen munter?“

Horst Machan, Hildburghausen

Was tatsächliche Mißstände und was Mißverständnisse sein könnten, darüber gingen die Meinungen auseinander. Von den Bündnisgrünen wurde eingeräumt, daß Asylbewerber in diesem Land in der Tat menschenunwürdig behandelt werden. Auch daß die Kohl-Regierung Angaben über die Armut in der reichen Bundesrepublik verhinderte, bestätigten Redner von SPD und Grünen.

Der eigentliche Streit drehte sich um die Verhältnisse im Osten. Im UN-Bericht steht, daß nur zwölf Prozent aller Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes aus der DDR übernommen wurden.“

Diese Zahl wurde, bezogen auf übernommene Lehrer, angezweifelt. An dieser angezweifelten Zahl übernommener Lehrer wurde dann eine vom Gesamtanliegen der UNO-Kritik ablenkende Diskussion geführt. So heißt es im ND dazu:

„... Hilsberg (SPD) sagte, die UN-Kommission wolle die Bundesrepublik an den Pranger stellen. ... Der aus Thüringen stammende CDU-Abgeordnete Grund forderte gar, die Bundesrepublik möge von ihren UNO-Beiträgen den Betrag abziehen, den der vorliegende Bericht gekostet habe.“

Und, weil die PDS-Fraktion die Diskussion zur Erklärung der UNO-Kommission gefordert hatte, weiter: „Stefan Hilsberg (SPD), Katrin Göring-Eckardt (Bündnisgrüne) und Manfred Grund (CDU) warfen der PDS vor, nur die Spaltung vertiefen zu wollen.“

Von einem Organ der UNO kritisiert zu werden, ist natürlich keiner Regierung angenehm. Und schon gar nicht wegen Verletzung von Menschenrechten. Aber statt sich sachlich und mit dem sichtbaren Willen, Kritisierendes abzuändern, mit dem UNO-Bericht zu befassen, reagierten jene, die in den vergangenen Legislaturperioden des Bundestages die für die Fakten der UNO-Kritik verantwortliche Regierungspolitik mitgetragen haben, in bornierter und bestehendes Unrecht leugnender oder bagatellisierender Weise.

Manchem unter uns, der in der Hoffnung lebt, wenn sich erst einmal das Bundesverfassungsgericht geäußert habe, dann laufe alles sozusagen reibungslos und von selbst, sollte diese Reaktion auf eine Mahnung der Vereinten Nationen (!) nachdenklich machen.

So ist wohl auch die Äußerung des in der „Lausitzer Rundschau“ vom 13. Februar zitierten Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Bundestagsfraktion Uwe Küster zu verstehen, er erwarte „eine schwierige politische Diskussion“, falls sich die Kläger in Karlsruhe durchsetzen.

In gleichem Sinne ist eine von Ministerpräsident Höppner und Ministerin Kuppe veranlaßte Antwort vom 22.03.99 auf eine Beschwerde wegen Strafrechtselementen bei der Rentenberechnung für frühere Angehörige des MfS/AfNS zu verstehen:

„Vor evtl. erneuten Gesetzesinitiativen ... sollte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abgewartet werden. Das gilt um so mehr, als daß hinsichtlich von Entgeltbegrenzungen parteiübergreifend nach wie vor sehr unterschiedliche Positionen vertreten werden und damit Mehrheiten für eine Neuregelung keineswegs sicher sind.“

Jeder von uns sollte daher für sein eigenes aktives Handeln Schlußfolgerungen ziehen aus den Gedanken von Claus Brüning / Leipzig (**ISOR aktuell** 3/99, „Aktive Solidarität verstärken“) sowie aus den Aktivitäten von TIG und Einzelmitgliedern.

Ohne eigene politische Aktivität, ohne den ständigen Druck aller Betroffenen läuft nichts – oder es würde so lange laufen, bis es sich für viele von uns totgelaufen hätte.



**Aus unseren
TIG**



Mitglieder der TIG **Berlin-Hohenschönhausen** und andere von ihnen Angesprochene wandten sich mit einem gemeinsamen Protest gegen das anhaltende Rentenstrafrecht an den Petitionsausschuß des Bundestages. Sie protestierten darin „gegen die anhaltende politische Instrumentalisierung des Rentenrechts in Form von Rentenstrafrecht sowie der damit verbundenen extremen politisch-sozialen Diskriminierung und Ausgrenzung“. Sie erinnern an die Erklärung des UNO-Komitees für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte, sowie auch an den im Mai 1995 eingebrachten, von der damaligen CDU/CSU/FDP-Mehrheit abgelehnten, SPD-Entwurf eines Gesetzes zur Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes und fordern, „endlich die erforderlichen Maßnahmen zur Herstellung von Rentengerechtigkeit für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS der DDR“ durchzuführen. „Die jetzige Regierung wird auch daran gemessen, wie sie sich zum Rentenstrafrecht verhält.“

Das Schreiben ist von 137 Personen unterzeichnet, sowohl von Rentnern als auch von noch im Arbeitsprozeß Stehenden. Zu den Unterzeichnern gehören auch mehrere ehemalige Angehörige des medizinischen Dienstes des MfS/AfNS.

★

Um uns mehr in das Gedächtnis der Regierungsverantwortlichen zu bringen, haben wir in der TIG **Pößneck** eine gut vorbereitete Aktion gestartet.

Es wurden die Beseitigung des Rentenstrafrechts einfordernde Briefe an den Petitionsausschuß, an Bundeskanzler Schröder, Bundesminister Walter Riester und Staatsministerin Ulrike Mascher, an den Vorsitzenden der SPD-Fraktion Peter Struck und an den Stellv. Vorsitzenden der SPD-Fraktion Rudolf Dreßler und andere geschrieben.

Seit dem 06.02.99 läuft unsere Aktion und es wurden bis zum 25.02.99 insgesamt 83 unterschiedlich abgefaßte Einzelschreiben von den Mitgliedern unserer TIG verschickt. Ziel unserer Aktion ist es: Die Politiker sollen unmißverständlich erfahren, was von ihnen in bezug auf schnelle und ungehinderte Beseitigung des Rentenstrafrechts erwartet wird. Immer wieder sollen sie an ihre Versprechen erinnert werden. Ein Teil der angeschriebenen Politiker hat bereits geantwortet.

Ihre Schreiben beinhalten fast gleichlautend, daß sie sich entsprechenden Sachverhalten im Zusammenhang mit der Überführung der An-

sprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen aus der ehemaligen DDR annehmen wollen. Es soll jedoch auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts einbezogen werden, um auf der Grundlage der dort formulierten Kriterien eine Revision dieses Gesetzes vorzunehmen.

In unserer Mitgliederversammlung am 25.02.99 kam eindeutig zum Ausdruck, daß wir auch weiterhin in solidarischem Einvernehmen zusammenstehen. Wir fordern alle TIG auf, sich unserer Aktion anzuschließen.

Fritz Wüchter

Zitat des Monats:

„Können Petitionen den Politikwechsel fördern? Auf diese Frage gibt es von mir ein klares Ja. Das Recht auf Beschwerde im Artikel 17 des Grundgesetzes ist in besonderem Maße geeignet, den Fraktionen – auch der PDS – auf die Sprünge zu helfen. Es zwingt Politikerinnen und Politiker, ein offenes Ohr für die Sorgen der Menschen zu haben. Zuschriften wirken wie ein Seismograph auf politische Entwicklungen.“

Heidmarie Lüth/PDS,
Vorsitzende des Petitionsausschusses
des Bundestages

Die TIG **Stendal** wandte sich mit von der Mitgliederversammlung bestätigten Briefen an die Vizepräsidentin des Bundestages Petra Bläss sowie an den Präsidenten des Bundestages, Wolfgang Thierse. Letzterer wurde nachdrücklich an die Rüge der UNO wegen massiver Benachteiligung der ehemaligen Bediensteten des öffentlichen Dienstes der DDR und an den 1995er Gesetzentwurf der SPD zur Beseitigung der Diskriminierungen durch das Rentenstrafrecht erinnert. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß „bei den veränderten Mehrheitsverhältnissen im Bundestag dieser Absicht nichts mehr im Wege stehen“ dürfte.

Die TIG faßte zur Erhöhung der Wirksamkeit die Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit und den gegenseitigen Informationsaustausch mit den benachbarten TIG ins Auge.

Helmut Stefan

★

Mit einer 20 offene Probleme behandelnden Petition zu Grundsatzfragen zu Rentenversicherungsleistungen wandte sich der **Seniorenrat/Initiativgruppe Renten in Halle, dem BRH/GBM/GdP/Sozialverband Reichsbund/60-Plus/Volkssolidarität/ISOR/DAG** angehören, an den Petitionsausschuß, an Bundespolitiker und Politiker östlicher Bundesländer. Die Petition nimmt auch zu noch bestehendem Rentenstrafrecht und Versorgungsunrecht Stellung, erinnert an die Rüge des UNO-Komitees wegen der Behandlung ehemaliger DDR-Bürger auch im Hinblick auf die Rente und spricht die Erwartung aus, daß nach Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen schnell folgen und die endgültigen Regelungen zügig umgesetzt werden.

Hans Luleich

★

Die TIG **Halle** wandte sich mit einem den Standpunkt von ISOR ausführlich und begründet darlegenden Schreiben „zur Überführung von Ansprüchen aus Sonderversorgungssystemen der DDR in die Rentenversicherung“ an Ministerpräsident Dr. Höppner. Nach kritischer Wertung des Inhalts der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, in der jeder Hinweis zur Beendigung des Rentenstrafrechts fehlte, bringt der Brief zum Ausdruck: „... wir möchten Sie bitten, nach dem Grundsatz Ihres Schreibens vom 12.11.1996 zu handeln, ... das generelle Anliegen nicht aus den Augen zu verlieren und es an geeigneter Stelle mit Nachdruck auch weiterhin (zu) vertreten... Die geeignete Stelle befindet sich in Bonn.“

Alfons Krüger

★

Der Vorstand der TIG **Magdeburg** wandte sich ebenfalls an Ministerpräsident Höppner und bittet in seinem Schreiben, die Initiativabsicht der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat zur Beseitigung der Diskriminierungen ehemaliger DDR-Bürger in Rentenfragen zu unterstützen. In dem Schreiben wird auch an den Inhalt der UNO-Kritik erinnert.

Ein ähnliches Schreiben wurde an die Sozialministerin, Frau Kuppe, gerichtet. In Schreiben an die Fraktionen von SPD und PDS im Landtag wurde der Wunsch nach Unterstützung des Anliegens der TIG zum Ausdruck gebracht.

Auf Wunsch der Mitgliederversammlung von Februar 1999 wenden wir uns jetzt an die Verbände/Organisationen in Magdeburg mit gleichen Interessen in Rentenfragen, unsere Initiative zu unterstützen.

Siegfried Korth

★

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Die TIG Eisenach begrüßte in ihrer Versammlung am 18. Februar die Abgeordnete des Bundestages Rosel Neuhäuser (PDS). Es entwickelte sich ein reger Gedankenaustausch zu den Problemen des Rentenstrafrechts und den Möglichkeiten der aktiven Einwirkung unserer Mitglieder.

Nach der Neuwahl des Bundestages haben sich mehrere Mitglieder erneut an den Petitionsausschuß gewandt. Unser Gast wies darauf hin, daß die PDS in diesem parlamentarischen Gremium vertreten ist und sich für konkrete Weiterführung der Petitionen einsetze. Die Anzahl der Petitionen erhöhe die Wirksamkeit. Es sollte jedoch jeder individuell schreiben, erklärte Rosel Neuhäuser, denn eine Petition mit noch so vielen Unterschriften zähle eben nur als eine Petition.

Bei aller Hoffnung auf das Bundesverfassungsgericht darf auf die bisherigen Aktivitäten nicht verzichtet werden. Letztendlich werde durch die Parlamentarier entschieden, wie der Richterspruch umgesetzt wird.

Rolf Raschke



Am 10. März führte der Kreisvorstand des BRH Rostock eine Vorstandssitzung durch und befaßte sich u.a. mit dem Erfahrungsaustausch mit der ISOR-TIG Rostock. Neben den bisherigen Ergebnissen zur Beseitigung des Rentenstrafrechts ging es insbesondere um die weiteren Schritte, die sich nach der Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht vom 21. Juli 1998 zu gehen gilt.

Es wurde auch hervorgehoben, daß ISOR einen guten Namen habe. Das bezog sich u.a. auf die juristische Begleitung unserer Mitglieder von Anfang an.

ISOR sprach dem BRH den Dank für die bisherige Unterstützung im Kampf um Rentengerechtigkeit, besonders auch für ehem. Angehörige des MfS aus, die z.B. in Stellungnahmen in verschiedenen Artikeln der Monatszeitschriften zum Ausdruck kam

Die TIG erhielt auch eine Einladung zur Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Rostock der GBM, in der die TIG ebenfalls zu den bisherigen Ergebnissen des Rentenkampfes berichtete und der GBM für die bisherige Unterstützung dankte. Besonders bezog sich das auf die Aktivität der GBM gegenüber der UNO.

Den Schwerpunkt der Arbeit unserer TIG bilden Schreiben an die Politiker auf Bundes- und Landesebene. Es gilt jetzt und nach dem Urteil des BVerfG den Zusammenhalt zu fördern und gegen Lethargie anzugehen.

Im Ergebnis des BVerfG-Urteils wird die TIG

eine öffentliche Mitgliederversammlung durchführen. Prof. Azzola hat sich bereit erklärt, dort eine Auswertung der Karlsruher Entscheidung vorzunehmen. Zu dieser Versammlung werden auch BRH und GBM eingeladen.

Hannes Klatt



An der Versammlung der TIG Oschatz im März unter Beteiligung der AG Senioren der PDS nahm die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Bundestages, Heidemarie Lüth/PDS, teil. Sie antwortete in der Diskussion sachlich auf alle Fragen. Schlußfolgerung aus der Versammlung: Nicht müde werden, weiter schreiben an Petitionsausschuß und Politiker. Für unsere gerechte Sache müssen wir auch selbst aktiv sein. Dabei gilt es in Zukunft noch mehr als bisher, weitere Verbündete zu suchen.

Jochen Brix

„Auch nach meiner Vorstellung von einer Wertneutralität unserer gesetzlichen Rentenversicherung hätte es keine – schon gar nicht eine politisch motivierte – Entgeltbegrenzung geben dürfen. Nur die Beitragsbemessungsgrenze als allgemeine Risikogrenze der Rentenversicherung wäre nach meinem Dafürhalten als Entgeltgrenze in Frage gekommen.“

Aus einem Antwortbrief im Auftrag von Ministerpräsident Dr. Höppner und Ministerin Dr. Kuppe

Horst Weber, TIG Cottbus, schrieb uns über „Zwei Jahre Miteinander und Füreinander – Volkssolidarität e.V. und ISOR e.V.“

Freunde von ISOR e.V. TIG Cottbus und der Volkssolidarität in Brandenburg e.V. – Stadtverband Cottbus feierten im Februar 1999 gemeinsam Fasching und sagten im März ihren Frauen Dankeschön für deren Hilfe und Unterstützung beim Kampf um unsere sozialen Rechte.

Diese gemeinsamen Veranstaltungen waren auch Anstoß für eine kleine Bilanz und Ausblick zu der vor zwei Jahren getroffenen Vereinbarung über die Zusammenarbeit von ISOR und VS.

Die Bilanz kann sich sehen lassen. Bei den monatlichen Veranstaltungen (September bis April jeden Jahres) treffen wir uns zu Unterhaltung und Tanz. Aussprachen mit Bundes-

und Landtagsabgeordneten sowie Stadtverordneten in Vorbereitung der Wahlen gehörten zum Programm. Gegenstand der Gespräche waren Probleme des Rentenrechts, Mietrechts, Gesundheitswesen, Arbeitslosigkeit u.a.m. Andere Sachthemen wie Sicherheit und Ordnung, Steuern, Wohngeld, Medikamentenzahlung waren Gegenstand von Gesprächen mit kompetenten Persönlichkeiten. Im Anschluß an solche Gespräche blieb immer Zeit für Kaffee und Kuchen, ein Glas Wein oder Bier, aber auch für ein kleines Tänzchen.

Gemeinsam sind wir auf Reisen gegangen - zu Mehrtagesfahrten mit dem Schiff auf Rhein und Mosel, mit dem Bus ins Zillertal, nach Wien, in den Schwarzwald und an die Nordsee. Tagesfahrten führten uns in Märkische Landschaften, den Wörlitzer Park, nach Seiffen und Meinik und zum Schlachtfest ins Hotel Waldow - Guben u.a.m. Unsere Angebote finden unsere Mitglieder als Beilage in „ISOR aktuell“.

Wir haben aber auch Hand angelegt beim Aus- und Umbau einer ehemaligen Kindertagesstätte zur Seniorenbegegnungsstätte, welche die VS mittels Erbpacht nutzt. ISOR-Mitglieder leisteten eine Vielzahl von Stunden bei der Fenster- und Türenmodernisierung, Fußbodenerneuerungsarbeiten und der Gestaltung der Außenanlagen. Die Eröffnung der Seniorenbegegnungsstätte im vergangenen Jahr war verbunden mit einer Dankeschön-Veranstaltung.

Heute kann jeder in der Begegnungsstätte Mittagessen, Veranstaltungen besuchen oder sich auch nur bei Kaffee und Kuchen unterhalten sowie Familienfeiern durchführen. Mittagessen und Kuchen werden in der haus-eigenen Küche täglich frisch zubereitet. Das „Essen auf Rädern“ wird hier gefertigt und auf Bestellung von Montag bis Sonntag ins Haus geliefert.

Der Pflegedienst der VS zur häuslichen Krankenpflege ist in diesem Objekt untergebracht und jeder unserer Freunde kann nach Vereinbarung und Notwendigkeit die hier tätigen medizinischen Fachkräfte zur häuslichen Pflege in Anspruch nehmen. Die Kosten werden in der Regel über die Pflegeversicherung oder Krankenkasse abgerechnet. Eine Tagespflegestätte für Demenz- und Alzheimerkrankheit ist nutzbar.

Unsere Vereinbarung hat eine gute Basis und zeigt erste Früchte. Mit etwas Wehmut müssen wir aber auch sagen, daß unsere ISOR-Freunde noch zu wenig Gebrauch von diesen gebotenen Möglichkeiten machen.

Frage: Gibt es auch woanders solche positiven Erfahrungen? – Die Redaktion

Aus der Postmappe

Die Veröffentlichungen in **ISOR aktuell** über gesellige Zusammenkünfte, gemeinsame Reisen, Aktivitäten gegen Rentenstrafrecht u. ä. lese ich mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Das alles ist mir zu sehr vom Gedanken des Vergnügens, Vergessens, der Zerstreung oder des Zuwachses an persönlichem Wohlstand bestimmt. Ich würde mir mindestens die gleichen Anstrengungen, aber nicht nur kostenlose Solidaritätsbekundungen, für die Opfer der politischen Rachejustiz wünschen. Wenn nur 1000 ISOR-Mitglieder der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH) beitreten würden, dann stünden jährlich 60.000,- DM den Opfern als Hilfe zur Verfügung. Nur ein kleiner Verzicht bei einer Reise, z. B. auf 3 Glas Bier, ergäbe schon eine ansehnliche Spende. Ich habe 1999 schon 60,- DM GRH-Mitgliedsbeitrag und 140,- DM Spende bezahlt. Dazu noch Fahrtkosten, um an Gerichtsverhandlungen als Solidarität bekundender Zuhörer teilzunehmen.

Hans Schneider, Apfelstädt

★

Aus der TIG Oberhavel schrieb uns **Günter Schwarzlose**, der seit neun Jahren ISOR-Mitglied ist „um etwas in die Wege zu leiten, nämlich die Beseitigung des Rentenunrechts, welches mit der BRD über viele von uns gekommen ist. ... Zu erreichen ist in unserem Falle nur etwas, wenn sich die Mehrheit derer, die es betrifft, zum vereinten Handeln zusammenschließen, ein wenig haben wir doch erreicht!“

Noch seien nicht alle unsere berechtigten Forderungen verwirklicht worden. Die bisherigen Änderungen am RÜG seien auch „Eingeständnisse der Schuldhaftigkeit“ der geübten Praxis. Er ist der Meinung, daß „unsere anfangs große Stoßkraft im Verlaufe der Jahre hier und dort nachgelassen habe, teils aus biologischen Gründen, teils auch deshalb, weil sich einige mit den bisher erreichten Teilergebnissen zufrieden geben. Das sind sogenannte Individualisten, die sich keine Gedanken machen um diejenigen, die noch keine Erleichterung erfahren.“ Er fordert: „Keiner der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe, die unser Verein vertritt, sollte am Rande der Streitstraße stehen und zusehen, wie wir uns abmühen!“

Er schließt mit dem Aufruf: „Alle sollen bleiben und neue Mitglieder müssen gewonnen werden!“

★

Unser heute in Niedersachsen lebender Freund **Siegfried Mikut** wandte sich an die „Neue Osnabrücker Zeitung“, um in deren Serie „Einigkeit und Recht und Freiheit“ seine Meinung zu äußern.

„Als Kriminalist habe ich und mit mir Zehntausende Staatsdiener der DDR ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten und den Kampf gegen das Verbrechen unter strikter Einhaltung der Gesetze erfolgreich zu führen. Dafür wurden wir im vereinigten Deutschland bestraft. Wie stellt doch das UNO-Komitee für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte in seinem kürzlich veröffentlichten Bericht fest: »Nur 12% der Angestellten im Wissenschafts- und Technologiebereich der früheren DDR, dazu gehören Lehrer, Wissenschaftler und andere qualifizierte Berufszweige, haben im vereinigten Deutschland erneut Anstellung gefunden. Der Rest ist weiterhin ohne Anstellung, ohne angemessene Entschädigung oder zufriedenstellenden Rentenanspruch!«

Das Komitee befürchtet, daß die Mehrheit der Betroffenen nicht aus beruflichen oder wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen aus ihren Anstellungen entlassen wurden.

Ich spreche als ehemaliger Staatsdiener für die vielen Tausend Angehörigen der Sicherheitsorgane der ehemaligen DDR, die weiterhin unter Arbeitslosigkeit oder noch voll oder teilweise unter dem »Rentenstrafrecht« zu leiden haben. Wie ist es denn mit dem so gepriesenen Rentenrecht der BRD vereinbar, wenn zwar den meisten Angehörigen der Zusatzversorgungssysteme ab dem 01.01.1997 die Rente bis zur allgemeinen Beitragsbemessungsgrenze gezahlt wird, die Abzüge der Jahre davor aber als »Strafe« erhalten bleiben?

Wieso bekommen die ehemaligen Mitarbeiter des MfS/AfNS, egal ob operativer Mitar-

beiter, Technischer Dienst oder Hausmeister nur 0,7 Entgeltpunkte für die Rente berechnet und erhalten keinen Dienstbeschädigtenausgleich als Folge erlittener Unfälle gezahlt, während sich die BRD doch gesetzlicher Rentenneutralität rühmt?

Dies alles zeigt sehr deutlich, daß es noch großer Anstrengungen bedarf, »Einigkeit und Recht und Freiheit« im Zusammenwachsen der Deutschen zu verwirklichen.“

Bei anderen gelesen

Zu den den Sozialversicherungswahlen 1999

Auf Anfrage von Mitgliedern dazu veröffentlichten wir Auszüge aus einem Beitrag von Dr. Fritz Rösel im Mitteilungsblatt des Förderkreises Senioren der GBM Nr. 3/99:

„Am 26. Mai 1999 finden die Sozialversicherungswahlen statt. Sie sind die einzige Möglichkeit, in einem Zeitraum von sechs Jahren direkt Einfluß auf die Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherung zu nehmen.“

Bei den Wahlen zur Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, bei denen die Vertreterversammlung und der Vorstand gewählt werden, zählt die Stimme jedes einzelnen Versicherten und der Stimmenanteil der jeweiligen zur Wahl zugelassenen Organisationen. Bei den Organisationen zur BfA gilt der Grundsatz der Parität. Je zur Hälfte werden Mitglieder der Versicherten, die in der BfA vertreten sind gewählt, die andere Hälfte wird von den Arbeitgebern benannt.

Fortsetzung auf Seite 5



Fortsetzung von Seite 4

Die gewählten Organe der BfA entscheiden über die Finanz-, Organisations- und Personalhoheit. Auch der Präsident der BfA, der hauptamtlich die Geschäfte führt, wird durch die Selbstverwaltungsorgane gewählt. Wahlberechtigt ist jeder Versicherte, gleich welcher Nationalität, der mindestens 16 Jahre alt ist und Beiträge geleistet hat und jeder Rentner, der eine Rente aus eigener Versicherung erhält. ...

Wir empfehlen unseren Mitgliedern, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, auch wenn wir eine kritische Distanz zu den Wahlen haben. Sie bezieht sich darauf, daß für 28 Millionen Versicherte 30 Vertreter der Versicherten sehr gering ist und keine wirkliche demokratische Interessenvertretung erfolgen kann. Zur Zeit ist auch noch nicht bekannt, wer die Interessen der Versicherten in den neuen Bundesländern wahrnimmt. Wir meinen, daß auch die Vertreter der Versicherten im Osten ihre Wahlkandidaten vorschlagen sollten. Unsere Wahlentscheidung verbinden wir mit der Forderung, daß die Interessen der Versicherten in den neuen Bundesländern entsprechend den demokratischen Regelungen und des Prinzips der Gleichheit wahrgenommen werden und eine der Versichertenzahl entsprechende Vertretung zur Wahl gestellt werden."

★

Petitionen und Politikwechsel

Nach Artikel 17 des Grundgesetzes hat jede Frau und jeder Mann das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Dieses Recht steht jeder und jedem unabhängig vom Alter, der Nationalität und dem Vorliegen einer Wahlberechtigung zu.

Das Anliegen kann in eigener Sache oder auch im allgemeinen Interesse verfolgt werden.

Voraussetzung

Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages befaßt sich ausschließlich mit Bitten und Beschwerden, die

- die Gesetzgebungskompetenz des Bundes oder der Bereiche bzw. Einrichtungen der Bundesverwaltung oder
- die Verfassungsorgane und Ämter und Einrichtungen, die Aufgaben des Bundes wahrnehmen, betreffen.

Arbeitsweise

Der Petitionsausschuß kann

- PetentInnen, Sachverständige und Zeugen hören,
- die Vorlage von Akten, die Erteilung von Auskünften und den Zutritt zu Einrichtungen verlangen (Ausnahme: Der Vorgang unterliegt aufgrund eines Gesetzes der Ge-

heimhaltung)

sowie

- Stellungnahmen sowohl von der Bundesregierung (auch durch Ladung zuständiger MinisterInnen, StaatssekretärInnen u. ä.) als auch von Fachausschüssen des Bundestages einholen.

Möglichkeiten des Abschlusses für ein Petitionsverfahren sind:

- die Abhilfe und/oder
- eine Überweisung an die Bundesregierung zur Berücksichtigung oder Erwägung,
- eine Kenntnisnahme an die Fraktionen,
- Überweisung an die Landtage oder das Europäische Parlament,
- einen Abschluß mit Hinweis, daß der Petition nicht entsprochen werden kann.

Aus: *R(h)einblick 3/99* (Nachrichten und Berichte der PDS-Fraktion im Bundestag)

★★★

Beifall für den Herrn Minister!

Als einzigen Grundsatz für die künftige Rentenbemessung nannte der Minister das Prinzip:

»Wer mehr Beitrag gezahlt hat, bekommt mehr Rente.«

Nach „ND“ vom 30. 3. 1999 zu Äußerungen von Bundesarbeitsminister Riester gegenüber dem Magazin „STERN“

Seniorentagung der PDS in Greifswald

Gemeinsam mit anderen Senioren- und Sozialverbänden nahmen die TIG-Vorsitzenden von Rostock, Stralsund und Wolgast als Vertreter der ISOR an der Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft Senioren beim Landesvorstand der PDS Mecklenburg-Vorpommern teil. Die Arbeitsgemeinschaft konnte eine positive Bilanz ihres Wirkens ziehen. Hinsichtlich ihrer aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wurden als Organisationen der BRH, die GBM und ISOR e.V. besonders hervorgehoben. Der engen Zusammenarbeit zwischen diesen und anderen Verbänden galt die vorrangige Aufmerksamkeit mehrerer Redner. Die Sozialministerin des Landes, Dr. Martina Bunge, appellierte an die Senioren und deren Verbände, sich weiterhin in alle Bereiche der Gesellschaft aktiv einzubringen. *Dr. Dietrich Richter*

Bündelung aller Kräfte für wirklichen Politikwechsel

Zur *Jahreshauptversammlung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.*

Die Jahreshauptversammlung führte die Ver-

treter des im Kuratorium zusammengeschlossenen Mitgliedsverbände am 18.3.1999 zusammen.

Der Bericht des Präsidiums von Prof. Dr. Wolfgang Richter und der Finanzbericht von Eva Rohmann boten eine gute Grundlage für eine ausführliche Diskussion.

Für eine positive Bilanz der Arbeit des Kuratoriums sprechen solche politisch bedeutungsvollen Veranstaltungen und Aktivitäten, wie z.B.:

- die im September 1997 organisierte *Antidiskriminierungskonferenz*,
- der *Ostdeutsche Kongreß* im Mai 1998,
- die mit großer Beteiligung auch von ISOR-Mitgliedern mit organisierte *Großdemonstration am 20. Juni 1998*,
- die Herstellung und der Vertrieb von 250.000 Exemplaren der Sonderzeitung „Die andere Bilanz“,
- der „3. Demokratikongreß“ als wissenschaftliche Tagung zum Gedenken an die Revolution von 1848 im Oktober 1998

und nicht zuletzt die *Stellungnahme zum „3. Staatenbericht der BRD“ an das zuständige UNO-Komitee*, welche mit zur erheblichen Kritik durch dieses Komitees an der benachteiligten Behandlung von ehemaligen DDR-Bürgern im heutigen Deutschland beitrug.

Alle diese Veranstaltungen und Aktivitäten waren nur erfolgreich, weil die Verbände und Vereine – so auch ISOR e. V. – gemeinsam für ihre Vorbereitung und Durchführung gewirkt haben, betonte Prof. Dr. Richter.

Auf einer solchen Grundlage ist auch unser Kampf um die vorenthaltenen Rechte für ehemalige DDR-Bürger mit Beharrlichkeit weiterzuführen.

Das Kuratorium und seine Verbände richten ihre Forderung jetzt besonders an die rot-grüne Bundesregierung, ihre gegebenen Wahlversprechen einzulösen und den angekündigten Politikwechsel einzuleiten.

Dieser Appell, *die bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament ebenso, wie die in Ostdeutschland 1999 stattfindenden Landtagswahlen* zum Anlaß zu nehmen, die Parteien und die gesamte Bevölkerung mit außerparlamentarischen Aktionen, Petitionen, Briefen, Veranstaltungen auf die nach wie vor ungelösten Probleme aufmerksam zu machen, gilt auch für alle Mitglieder und Vorstände von ISOR.

Das Kuratorium wird zum Abschluß aller dieser Initiativen im Frühjahr des Jahres 2000 Bilanz darüber ziehen und einen *Außerparlamentarischen Tag* in aller Öffentlichkeit organisieren.

Es wird darüber hinaus zum 11. Juni 1999 eine *Eigentumskonferenz mit internationaler Beteiligung* durch den VDGN, das Kuratorium

Fortsetzung auf Seite 6

Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.

Fortsetzung von Seite 5

und die GBM zum Thema „*Enteignungen und Völkerrecht in Mittel- und Osteuropa – Erfahrungen mit dem Transformationsprozessen seit 1990*“ vorbereitet.

Schließlich ist an die *Durchführung eines Kongresses über den Zivil- und Sozialpakt im Dezember 1999* gedacht.

Beschlossen wurde auch eine aktive Beteiligung an Protestaktionen 1999, unterstützt und organisiert von Gewerkschaften und dem Arbeitslosenverband Mitte diesen Jahres, wie z.B.

- die im Mai geplanten Euro-Märsche mit einer Abschlußkundgebung am 29.5.1999 in Köln gegen die dort zu fassenden Beschlüsse des EU-Gipfels und
- die Gegenkonferenz zum G 7-Gipfel mit einer Demonstration am 19.6.1999.

Nähere Informationen werden über den Vorstand und die „**ISOR-aktuell**“ noch an unsere Mitglieder herangetragen.

Eva Rohmann würdigte im Finanzbericht die aktive Hilfe mittels Spenden durch die Mitgliedsverbände für die Sicherstellung der Arbeitsweise und lobte dabei besonders ISOR für die finanzielle Unterstützung.

Bei der Wahl des neuen Präsidiums erhielten das Vertrauen der versammelten Vertreter der angeschlossenen Verbände:

- Prof. Dr. Wolfgang Richter (GBM) als wiedergewählter Präsident
- Gerhard Bombal (Volkssolidarität Berlin) als 1. Vizepräsident,

sowie Eckhardt Beletis (VDGN), Dr. Klaus Grehn (Arbeitslosenverband) und Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer (GRH) als Vizepräsidenten.

Wiedergewählt wurden Eva Rohmann (dfb) als Schatzmeisterin und Dieter Becker als Schriftführer.

In einem Diskussionsbeitrag habe ich die tatkräftige Mitarbeit von ISOR sowohl im Kuratorium als auch in Arbeitsgruppen und bei der Organisation von Kongressen, Demonstrationen, in der Öffentlichkeitsarbeit sowie bei der Finanzierung zugesichert.

Mein Gesamteindruck von dieser Jahreshauptversammlung kurz zusammengefaßt:

Wir sollten alles in unseren Kräften stehen tun, um die gemeinsame Front des Kampfes gegen Diskriminierungen ehemaliger DDR-Bürger und für die Gerechtigkeit zu stärken und auch im Jahr 1999 erfolgreich weiterzuführen.

Dr. Gerhard Dylla

Lesenswert

Mit Episoden „*Aus dem Grenzeralltag*“ stellt Kurt Frotscher (Hrsg.) eine Publikation vor, über die der Potsdamer Schriftsteller Walter Flegel im Vorwort schrieb:

„*In diesem Büchlein melden sich Menschen zu Wort, von denen mancher jahrzehntelang an der Grenze der DDR diente und Verantwortung für ihre Sicherheit trug. Sie erzählen über ihren Dienst, über Begegnungen und Erlebnisse in unterschiedlicher Form und Sprache. Sie erzählen über sich und erzählen immer deutsche Geschichte.*“

Erhältlich im Buchhandel unter ISBN 3-932725-62-X zum Preis von 19,80 DM

Aus der Vorstandsarbeit

Der Vorstand beschäftigte sich in seiner Sitzung am 24. März mit Möglichkeiten und Maßnahmen zur Beseitigung der Versorgungsbenachteiligung und beriet über mögliche Stellungnahmen von ISOR zu Renten- und Versorgungsfragen nach der Entscheidung durch das BVerfG sowie zur weiteren Arbeit unserer Initiativgemeinschaft.

Der Bericht zum Finanzhaushalt 1998 wurde bestätigt.

Ein Bericht zu den Ergebnissen der Jahreshauptversammlung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden wurde zur Kenntnis genommen (siehe Bericht auf Seite 5).

Nach der Einschätzung der Lage in den TIG dankt der Vorstand allen Freunden und den TIG-Vorständen für ihre politischen Aktivitäten und ihre Initiativen gegenüber dem Petitionsausschuß des Bundestages, der Bundesregierung und den Landesregierungen sowie den im Bundestag und den Länderparlamenten vertretenen Parteien zur Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Versorgungsbenachteiligungen.

Die Lage gebietet es, diese Aktivitäten verstärkt fortzusetzen.

Der Vorstand faßte den Beschluß, den Beirat von ISOR e.V. zum 17. 04. 1999 einzuberufen.

Von Mitglied zu Mitglied

Ferienwohnung in der Fahnerschen Höhe, nördlich von Erfurt. Tel.: 0177-2680502



Helfender Rat

Häufig zeigt sich, daß verzogene Mitglieder lange Zeit benötigen, ihren ISOR-Ansprechpartner am neuen Wohnort zu finden. Es wird daher empfohlen, vor dem Umzug über den Vorstand von ISOR e.V. den künftigen Ansprechpartner in Erfahrung zu bringen.



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

DIETER ALTMANN, Berlin-Friedrichshain
 MARGARETE BÄCKER, Berlin-Mitte
 EBERHARD BLECHSCHMIDT, Schwarzenberg
 LISELOTTE BÖHM, Neustrelitz
 HEINZ BRANDT, Themar
 ROLF BRÄUER, Stralsund
 HANS BRUSKI, Berlin-Friedrichshain
 ERNST BUCHHEIM, Leipzig
 HANS BUSCH, Berlin-Friedrichshain
 GERHARD DIEBELT, Leipzig
 HANS DÖHLER, Chemnitz
 PAUL DUTKOWSKI, Berlin-Mitte
 RICHARD ENGEL, Berlin-Hellersdorf
 KONRAD FIEDLER, Greifswald
 WERNER FRANZ, Eisenhüttenstadt
 GERHARD GENSCHOW, Rostock
 RUDOLF GENTSCH, Leipzig
 WALTER GILTSCH, Strausberg
 WOLFGANG GLAGE, Frankfurt/Oder
 EBERHARD GOTSCHKE, Leipzig
 ERICH HASE, Sömmerda
 WILLI HERRMANN, Weißwasser
 OTTO KITTLER, Halle
 WERNER LIEBIG, Potsdam
 HERMANN MANOHR, Grünheide
 KURT NASCHITZECK, Blossin
 KURT SACHER, Aschersleben
 KLAUS SANDAU, Halberstadt
 KLAUS SCHÄFER, Leipzig
 WILLI SCHIERING, Gräfenhainichen
 HERBERT SCHÖNBRUNN, Stralsund
 WALTRAUD SCHÖRNUNG, Berlin-Hellersdorf
 HANS-PETER STÖTZER, Pöbneck
 MAX STEIN, Weißenfels
 GÜNTHER ULLRICH, Neuhaus am Rennweg
 ROLF ULLRICH, Berlin-Hohenschönhausen

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.
 Bankverbindung: Berliner Sparkasse
 Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:
 Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin
 Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat
 29 78 43 16 - Geschäftsführer
 29 78 43 17 - AG Finanzen
 29 78 43 18 - AG Recht
 29 78 43 19 - Öffentlichkeitsarbeit
 - „ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16
 Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin
 Sprechstunden:

Donnerstag 9 bis 13 Uhr
 Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich
 c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.
 Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!